Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift **Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 7

Artikel: Zu den Voraussetzungen der Freigeldtheorie

Autor: Grimm, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328174

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

7. HEFT

MÄRZ 1922

I. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zu den Voraussetzungen der Freigeld= theorie.

Von Robert Grimm.

Die Propagandisten der Freigeldlehre versügen über eine recht umfangreiche Literatur. Von der Freigeldsibel angesangen bis zu ihrem Sauptwerk: "Die natürliche Wirt=schaftsordnung durch Freiland und Frei=geld" von Silvio Gesell. Der Versasser des Sauptwerkesist zugleich Vegründer der Lehre, wird aber an Wissenschaftlichteit und Systematik übertroffen durch den ehemaligen Verner

Dozenten Dr. Th. Christen.

Dhne überflüssiges Beiwerk, streng logisch und sachlich, gibt der seither verstorbene Dr. Christen in einer Broschüre "Was der Arbeiter von Geld wissen muß" die Substanz der Freigeldtheorie. Die kleine Arbeit erleichtert die Orientierung ungemein und ermöglicht die selbständige Beurteilung der mit einem großen Rapitalauswand in die Welt gesetzen Lehre viel besser als das mit reichem Wortschwall durchzogene Sauptwerk Gesells. Ich werde mich deshalb an die scharfe und knappe Darstellung, wie sie Dr. Christen von der Freigeldlehre gibt, halten und zunächst einen Lleberblick der Theorie folgen lassen.

T.

Das Geldwesen ist der kräftigste Sebel, mit dem man die Volkswirtschaft entweder ins kapitalistische oder ins sozialistische Fahrwasser leiten kann. Die kapitalistische Regierung ist schlecht, die sozialistische Regierung ist gut, also wird unter der Serrschaft einer kapitalistischen Regierung das Geld die Welt schlecht, unter der Serrschaft einer sozialistischen Regierung gut regieren.

Alls erstes Uebel bezeichnet Christen die "Konjunkturen". Steigen de Konjunktur bedeutet allgemeines Steigen

der Preise. Auch der Arbeitslohn steigt; in manchen Arbeitsgebieten steigt der Lohn beträchtlicher als die Warenpreise, in
anderen wiederum bleibt die Lohnkurve hinter der Teuerungskurve zurück. Fallende Ronjunktur bedeutet allgemeines Sinken der Preise. Der Arbeitslohn sinkt in der Regel
stärker als die Warenpreise, der Arbeiter hat also vom Villigerwerden der Vedarfsartikel keinen Nußen. Vei steigender Ronjunktur sind im allgemeinen die Streiks erfolgreich, bei fallender
Ronjunktur ist kein Streik erfolgreich, denn es entsteht das Heer
der Arbeitslosen und damit der Lohndruck.

"Für den Arbeiter ist demnach die steigende Konjunktur günstiger als die fallende. Noch günstiger allerdings wäre eine vollskändige Ausschaltung der Konjunkturen. Dann würde der Arbeiter weder unter der ständigen Teuerung leiden, noch unter

dem lohndrückenden Wettbewerb der Arbeitslosen."

Woher kommen die Preissschwindigkeit des Geldes und die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führen eine allgemeine Preisskeigerung herbei. Verminderung des umlausenden Geldes und Herabsetung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes senken die Preise. Vegründung! "Venn mehr Geld unter das Volk kommt, so wird mehr gekauft, die Ronsumenten kaufen einander die Ware vor der Nase weg und der Verkäuser sordert und erhält auch einen entsprechend höhern Preis. Außerdem hat jeder das Vestreben, rasch einzukausen, um nicht später noch höhere Preise zahlen zu müssen. Daher nimmt gleichzeitig die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu. Je rascher aber die Waren vom Markt weggekauft werden, um so weiter bleibt das Angebot hinter der Nachfrage zurück und die Preise steigen erst recht."

"Wenn im Gegenteil weniger Geld ins Volk kommt, dann wird weniger gekauft, die unverkauften Waren häusen sich und der Verkäuser gibt sie lieber billiger ab, als daß er sie auf Lager behält oder gar verderben läßt. Die Räuser aber halten nun gerade mit den Räusen zurück, weil sie damit rechnen, bei weiterem Sinken der Preise später noch billiger kaufen zu können. Daher nimmt gleichzeitig auch die Umlausgeschwindigkeit des Geldes ab. Je langsamer aber die Waren vom Markt weggekauft werden, um so mehr überwiegt das Angebot gegenüber

der Nachfrage und die Preise sinken erst recht."

Nun haben die friegführenden und neutralen Staaten ihr Papiergeld vermehrt. Es steigen also die Preise. Wird der Papiergeldumlauf weiter vermehrt, so werden die Preise noch weiter steigen.

Wie steht es mit dem Verhältnis Preis und Löh = ne? Der gleiche Lohn, bei niederen Preisen auskömmlich,

kann bei hohen Preisen ungenügend werden. Nicht der Geld=
lohn ist für den Arbeiter das Entscheidende; auf den Sach=
lohn kommt es an. Man muß also aus dem Geldlohn den Sachlohn berechnen können, d. h. "man muß die Raufkraft des Geldes kennen". Die Söhe des Arbeitsertrages richtet sich nicht nur nach dem Geldlohn, sondern ebensosehr nach der Raufkraft des Geldes, bezw. nach dem Durchschnittspreis der wichtigsten Lebensmittel. Zwar steigt der Sachlohn, wenn der Geldlohn steigt, "aber nur dann, wenn die Preise nicht stärker steigen als die Löhne".

Weil Geldlohn und Sachlohn nicht identisch sind, wird der Alrbeiter betrogen. Die Lohnverträge werden in Franken abgeschlossen. Steigen die Preise, d. h. nimmt die Rauskraft des Geldes ab, so kommt der Alrbeiter um die Frucht seiner Alrbeit. Iwar ist der Lohnvertrag erfüllt, dem Sinne nach ist er gefälscht. Alehnlich ergeht es dem Sparer. Iwar erhält er für die im Jahre 1890 eingezahlten Franken die gleiche Summe Franken des Iahres 1890 konnte er dreimal soviel kaufen, wie mit den Franken des Iahres 1890 konnte er dreimal soviel kaufen, wie mit den Franken des Iahres 1920. Nicht anders steht es mit den Versicherungsverträgen. Im Moment ihres Abschlusses mag die festgeseste Versicherungsstumme zureichend sein, im Moment der Fälligkeit der Verträge, nachdem alle Preise gestiegen sind, reicht die Summe nicht mehr aus. "So werden alle redlich Alrbeitenden jahraus jahrein um ihren wohlverdienten Alrbeitsertrag betrogen, trosdem alle Vers

träge äußerlich tadellos erfüllt sind."

Christen kehrt hierauf wieder zu den "Ronjunkturen" zurück. Sie sind entstanden durch die Goldwährung. In den Ländern mit Goldwährung war der Preis des Goldes fest. "Die Preisfestigung wurde dadurch erreicht, daß die Banken, die das Recht hatten, Papiergeld auszugeben (die sogenannten Emissionsbanken, bei uns die Nationalbank) verpflichtet waren, Gold in unbegrenzter Menge zu diesem festen Preise zu kaufen und zu verkaufen, und zwar gegen ihr selbstverfertigtes Papier= geld. Außerdem hatten diese Vanken das Recht, über den Goldankauf hinaus noch eine bestimmte Menge Papiergeld auszugeben." In der Schweiz durfte 2½ mal mehr Papiergeld als Gold im Reller der Nationalbank liegen. Nun vermehrte sich der Goldschatz der Banken jedesmal, wenn neue Goldfundstätten ausgebeutet wurden und vermehrte Goldsendungen in die Welt hinaus gingen. Die Banken gaben entsprechend mehr Papiergeld aus, infolge des vermehrten Geldumlaufes stiegen die Preise. Bricht eine Panik aus, so legt sich der eine und andere einen fleinen oder größeren Geldvorrat an, holt sein Geld von der Bank, vermindert dadurch den Geldvorrat der Bank, d. h. die

Golddeckung der Banknoten und zwingt dadurch die Bank, einen Teil ihrer Noten einzuziehen. "Die Banken mußten also gerade in dem Augenblick, da die allgemeine Unsicherheit alle Unternehmen in Bedrängnis brachte, den Rredit an die Unternehmer beschränken und dadurch deren schwierige Lage noch verschärfen." Die Unternehmer mußten ihre Produkte billig absehen, um sich Geld zu verschaffen; der infolge des verminderten Geldumlauses erzeugte Preisfall wurde erst recht beschleunigt.

"Die Goldwährung bringt es also unvermeidlich mit sich, daß das Wirtschaftsleben durch das ewige Aluf und Abder Ronjunkturen gestört wird, wobei während der allgemeinen Preissteigerungen die Lohnerhöhungen oft genug hinter den Preiserhöhungen zurückbleiben und unaufhörlich Lohnkämpfe nötig sind, während bei sinkenden Preisen die Löhne in vielen Alrbeitszweigen stärker sinken als die Preise. Die Gold=währung ist also für alle Arbeiten den eine schlechte Währung."

Π.

Stellen wir nun der negativen Seite der Freigeldtheorie ihre positive Seite gegenüber. Dieses Verfahren wird nachher die kritische Auseinandersetzung, die Kritik der Kritik erleichtern, obschon die bisher gegebenen Elemente der neuen Seilslehre Angriffsslächen genug bieten.

Dr Th. Christen erklärt, daß wir in der Schweiz glücklicherweise keine Goldwährung mehr haben. "Wir haben heute gar keine Währung, sondern eine vollskändige Unarchie in unserem Geldwesen." Die 1914 aufgehobene Goldwährung wurde durch keine andere ersett. Das war schlecht. Man hätte die "ab solute Währung" oder die "feste Waren währung" einführen sollen. Ihr Grundgedanke ist solgender:

Durch Vermehrung des umlaufenden Goldes kann man den allgemeinen Preisstand erhöhen; durch Verminderung des umlaufenden Geldes kann man den allgemeinen Preisstand erniedrigen. "Also kann man natürlich auch den allgemeinen Preisstand auf fester Söhe halten, indem man stets genau so viel Geld umlaufen läßt, daß der Durchschnittspreis der Lebensmittel weder steigt noch sinkt. Auferlegen wir der Nationalbank die Verpflichtung, ihren Vanknotenumlauf in dieser Weise zu regeln, dann haben wir die absolute Währung."

Drei Vorteile ergeben sich aus der absoluten Währung:

1. Einer Erhöhung des Geldlohnes entspricht auch stets eine gleiche Erhöhung des Sachlohnes.

2. Vereinfachung von Produktion und Sandel.

3. Senkung des Zinsfußes.

Da der Durchschnittspreis der Lebensmittel weder steigt noch fällt, bleibt die Rauftraft des Geldes stets gleich. Gelde und Sachlohn sind identisch geworden. Erzingt sich der Arbeiter ein größeres Lohneinkommen, so verfügt er unter der Serrschaft der absoluten Währung über eine größere Rauftraft.

Da unter der absoluten Währung der Preisstand unverändert bleibt, weiß der Unternehmer, zu welchen Preisen er seine Produkte abseisen kann. "Er kann also mit den Löhnen bis nahe an die Rentabilitätsgrenze hinaufgehen. Mit anderen Worten: Die absolute Währung ermöglicht Lohner böhung en." Mehr noch. Da die Verechnung der Rentabilität leichter und sicherer ist, werden sich um so mehr Unternehmer an die Vergrößerung ihrer Vetriebe oder an Neugründungen von Vetrieben heranwagen. "Die Folge davon ist eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften und somit ein Steigen der Löhne. D. h. die absolute Währung ermöglicht nicht nur, sondern er zwingt ein Steigen der Löhne."

Auch der Sandel wird vereinfacht. "Die Sicherheit und Leichtigkeit der Preisberechnung wird es mit sich bringen, daß schon mittelmäßige Röpfe mit Erfolg Sandel treiben können." Der aus dem Sandel erhältliche Arbeitslohn wird sinken, die guten Röpfe werden sich der Produktion zuwenden. Weil viel einfacher, wird der Sandel von viel weniger Personen bewältigt werden. Die Nachfrage nach Raufleuten fällt, der Nachwuchs zieht es vor, zur Produktion überzugehen. "Es nimmt also zu sowohl die Qualität wie die Quantität der produktion. Beides führt zu einer Vermehrung des Arbeitsproduktes, also des Sachlohnes. Denn dafür, daß dieses vermehrte Arbeitsprodukt den Arbeitern und nicht den Renknern (Rapitalisten und Grundrenknern) zufällt, sorgt ebenfalls die absolute Währung."

Wie wird dafür gesorgt? Durch die Senkung des I ins sußes. Die soeben, den Aussührungen des Dr. Christen folgend, beschriebenen Wirkungen der absoluten Währung regen die Produktion mächtig an und vermehren die Menge der Arbeitsprodukte entsprechend. Mit den steigenden Löhnen können die Arbeiter mehr Gebrauchsgüter kaufen. "Die Produktion stellt aber nicht nur Gebrauchsgüter kaufen. "Die Produktion stellt aber nicht nur Gebrauchsgüter Maschinen, Schiffe usw. Je mehr aber Spärgüter entstehen, um so tieser sinkt der aus diesen Dingen

erhältliche Zins. Um deutlichsten sieht man dies bei Säusern. Je mehr Säuser, um so tiefer die Mieten. Bringen die Mieten die übliche Verzinsung des Anlagekapitals nicht auf, so wird nicht mehr gebaut. Die Vaukrise tritt ein. Nicht nur die Meister und Unternehmer werden geschädigt, auch die Vauhandwerker, denn sie werden arbeitslos. Die Arbeitslosen können nicht mehr kaufen, was sie bisher mit ihrem Lohn erworben haben; die Nachfrage nach Gebrauchsgütern sinkt, es fallen deren Preise.

Sier springt nun wieder — immer mehr nach der Theorie der Freigeldler — die National bank ein. Sie darf unter der Serrschaft der absoluten Währung einen Preiskall unter keinen Umständen dulden. Sie muß also den Notenumlauf vermehren. "Wenn die Säuser nicht mehr 4%, sondern nur noch 3½ % abwerfen und die Rapitalisten euch (Vaumeistern) deshalb kein Geld mehr geben wollen, dann gebe ich, die Nationalbank, euch das Geld zu 3½ %. Und wenn die Rendite der Säuser und übrigen Realkapitalien auf 3 % sinkt, nun gut, dann gibt eben die Nationalbank ihr Leihgeld zu 3 %." Da alle Rreditbedürftigen natürlich zu der Bank mit dem niedrigsten Leihzins gehen, also zu der Nationalbank, hat diese "alle anderen Vanken am Schnürchen und sie müssen ihr artig parieren".

Da einstweilen weder die Nationalbank noch die anderen Banken am Schnürchen dieser schönen Theorie laufen, verfolgen wir die Lehre in ihrem Zusammenhang von Zinsfuß und Lohn weiter. "Bei steigender Konjunktur steigen die Löhne, es steigt aber auch der Zinsfuß für Leihgeld. Bei fallender Konjunktur fallen die Löhne, es fällt aber auch der Zinsfuß für Leihgeld." Ein niedriger Zinsfuß ist aber unnüt, wenn gleichzeitig eine geschäftliche Stockung eintritt. Da ist es unter der Herrschaft der absoluten Währung ganz anders. Sie verbürgt die Festigkeit des allgemeinen Preisstandes; es können also auch keine Absatstockungen infolge von allgemeinem Preisfall mehr vorkommen. Die Reduktion des Zinsfußes ist nicht mehr die Folge fallender Ronjunktur. Der Zinsfuß sinkt, ohne gleichzeitiges Sinken der Preise. Eine Menge neuer Unternehmungen kann ins Leben treten, die bei hohem Zinsfuß unmöglich find: Bauvon Säufern, Fabriken, Rommuni= kationsmitteln, Konstruktion von Arbeitsmaschinen, Durchführung von Vodenverbesserungen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt abermals, nachdem sie schon nach Einführung der festen Währung gestiegen ist und es erhöhen sich die Löhne beträchtlich.

"Was der Zins, das arbeitslose Einkommen, nicht mehr vorwegnimmt, kommt dem Lohn, dem erarbeiteten Einkommen zugut. Mit der Senkung des Zinsfußes ist der wichtigste Be-

standteil des Mehrwertes beseitigt."

Um die Geschlossenheit der bisher nach Christen dargestellten Theorie nicht zu stören, übergehe ich den Abschnitt "Internationale Beziehungen" und gehe über zum Silfsmittel der absoluten Währung, zum "Freigeld". Seine Aufgabe ist es, den Umlaufzwang zu fördern. "Das Freigeld besteht aus Banknoten, die jede Woche einmal mit einer Stempelmarten Datum aufgedruckt. Selbswerständlich kosten die Stempelmarken Geld, und wenn jemand viel Geld liegen läßt und wenn er es lange liegen läßt, dann kosten die Stempelmarken viel Geld" Wer das Geld rasch weiter gibt, hat geringere Ausgaben sür Stempelmarken. Iedermann sucht dieses Ziel zu erreichen Der Umlaufzwang wächst automatisch. "Wer Freigeld einnimmt, wird es also möglichst rasch wieder ausgeben. Das ist auf drei Arten möglich:

1. Durch Rauf von Arbeitsprodukten,

2. durch Zahlung von Löhnen und

3. durch Ausleihen.

Macht der Geldbesißer von den beiden ersten Möglichkeiten Gebrauch, so beschleunigt er den Absatz und fördert die Produktion. Ist aber sein Bedarf an Arbeitsprodukten und Arbeitsbiensten gedeckt, so muß er sein Geld ausleihen, z. B. indem er es zur Bank trägt. Dann hat er den Verlust für die Stempelmarken auf die Bank abgewälzt. Die Bank will aber diesen Verlust auch nicht tragen. Sie wird also Mittel und Wege suchen, das Geld ihrerseits auszuleihen. Dies kann sie nur so, daß sie es ihren Schuldnern zu einem erniedrigten Zinssuß ans bietet."

Durch dieses System hört der Streik des Rapitals auf. Das Freigeld ist nicht wertbeständig, wenn man nicht jede Woche eine neue Stempelmarke aufklebt. Der Rapitalstreik kostet also den Rapitalisten schweres Geld. Wollen sie gleichwohl weiter streiken, so erhöht man den Preis der Stempelmarken. Auch wenn der Zinsfuß gegen Null sinkt, müssen die Rapitalisten das Geld ausleihen, um nicht den Verlust der Stempelgebühr zu tragen. "Denn 0 % Zins ist doch immerhin besser als 5 % Ver-lust für Stempelmarken."

"Es ist aus mit dem Streik des Rapitals, Es ist aus mit dem Rapitalismus."

III.

Aus ist es auch mit der Darstellung der Freigeldlehre. Der Leser wird aufatmen, zumal gegen den Schluß die Konstruktion des Lehrgebäudes immer kühner wird und bis in den blauen Dunst der Utopie hinaufreicht. Ich mußte indes der Darstellung

eines der scharfsinnigsten Theoretiker des Freigeldes bis zu dem Punkte folgen, wo er auf das Gebiet der Grundrente übergeht, um wenigstens in großen Zügen ein klares Vild der mit viel Sinn für Reklame angepriesenen Theorie zu geben.

Und nun der kritischen Würdigung freien Raum!

Zunächst eine Feststellung. Vorausgesett, die Freigeldlehre wäre hieb= und stichfest, so würde es sich bei ihrer Verwirklichung um eine Macht frage handeln. Und zwar um eine poli=

tische Machtfrage.

Im Zentralpunkt der Freigeldtheorie steht die Währungsfrage. "Die Goldwährung ist dahin, wir haben heute gar keine Währung." Die "absolute Währung" muß eingeführt werden. "Es ist dazu gar nicht nötig, alle Vanken zu verstaatlichen. Es genügt, wenn die Nationalban frach dem Grundsach der

absoluten Währung ihren Zinsfuß festsett."

Die Nationalbank tut das heute nicht. Sie untersteht einerseits den im Verwaltungsrat der Vank organisierten Kapitalisten und den privaten Aktionären, anderseits dem Vundesrat und der Vundesversammlung. Die Kapitalisten, denen die Freigeldler auf so pfiffige Art zuleibe gehen wollen, werden für die absolute Währung nicht zu haben sein. Also müssen Vundesrat und Vundesversammlung erobert werden.

Bei dieser Problemstellung zeigt sich schon, wie wenig die Freigeldlehre mit dem Sozialismus zu tun hat, ja wie sie mit der Grundlehre des Sozialismus in direktem Widerspruch steht.

Die Freigeldler anerkennen den vom wissenschaftlichen Sozialismus formulierten Begriff der kapitalistischen Ausbeutung nicht. Sie haben zwar aus der Terminologie des wissenschaft= lichen Sozialismus eine Reihe von Ausdrücken übernommen, geben aber diesen entlehnten Begriffen einen anderen Inhalt. Sie fordern zwar die Verstaatlichung von Grund und Boben, aber sie fordern nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Privateigentums an Fabriken, Alrbeitsmaschinen, Rohstoffen usw. Daher die Erscheinung, daß sich der Freigeldler ebensogut an den Arbeiter wie an den Unternehmer, an den Vauern wie an den Raufmann, an den Sozialdemokraten wie an den Bürgerlichen wendet. Er anerkennt weder den Rlassengegensatz noch den Rlassenkampf in sozialistischem Sinne. Das Lohnproblem hat für ihn eine andere Bedeutung als für den Sozialdemokraten. Wenn darum die Freigeldleute die Währungsfrage als das auffassen, was sie nach den Ausführungen ihrer Theoretiker logischerweise ist, als eine politische Machtfrage, so können sie sich nicht auf die proletarische Rlassenpartei der Sozialdemokratie stüchen.

Sie müssen, um von der Theorie zur Praxis überzugehen, zu den politischen Machtfragen selbständig, also unabhängig von

unserer Partei Stellung nehmen.

Wie weit die Vorbereitungen in dieser Richtung schon gediehen sind, dafür ein Zitat. In der Nummer 3 ihres Organs
"Das Freigeld" vom 11. Februar 1922 wird bewegliche Klage
darüber geführt, daß die Freigeldler weder bei den Wissenschaftlern noch beim Bundesrat, weder bei den eidgenössischen
Käten noch bei den "Parteibonzen" geneigtes Gehör gefunden
hätten.

"So standen wir plötslich vor der Wahl: Parteiwirtschaft oder Volkswirtschaft? Und als wir uns selbstverständslich für die Volkswirtschaft entschieden, verstand man uns in

den Parteien erst recht nicht mehr.

So wenig wir aber die Arbeit in den Behörden aufgaben, als man uns nicht entgegenkam, so wenig gaben wir die Arbeit in den Parteien auf. Wir bleiben in ihnen, um dort alle für die Sache der Arbeit en den den zu gewinnen, die überhaupt gewonnen werden können. Aber dabei konnten wir nicht stehen bleiben. Die Stimmen mehrten sich, die energisch verlangten, daß der S. F. F. V. (Schweiz. Freiland-Freigeldbund) selber Vertreter in die Vunde sbe= hörden ab ordne, wenn weder Vehörden noch Parteien sür unsere Forderungen eintreten wollten. Es wurde geltend gemacht, die Gefahr, eine Partei zu werden, bestehe bei uns nicht, weil wir keine Stellen, keine Sessel wollten, sondern eine volkswirtschaftliche Forderung, sondern zu einer Verminderung der Staatsbureaukratie führen werde.

Sohat nun der Bunde svorstand beschlossen, der Delegiertenversammlung zu beantragen, Vertreter unserer volkswirtschaftlichen Forderun= gen in den Nationalrat vorzuschlagen."

Nach dieser Servorhebung darf ich mir weitere Zitate aus der Freigeldliteratur über das Verhältnis zu den politischen Parteien wohl ersparen. Jedenfalls wird sich die Partei über kurz oder lang vor die praktische Frage gestellt sehen: Steht die Tätigkeit in der Freigeldbewegung noch in Uebereinstimmung mit dem Vekenntnis zum sozialdemokratischen Parteiprogramm?

IV.

Nachdem die Freigeldler aus ihrer Theorie selber die praktischen Schlüsse ziehen und zu den Nationalratswahlen selbsständig Stellung nehmen wollen, könnte man sie mit ihrer Lehre ruhig stehen lassen. Sie haben indes die Parteiöffentlichkeit so

lärmend beschäftigt, daß ihnen gegenüber auch die theoretische

Abgrenzung geboten ist.

Die Beurteilung einer Theorie hat von einer Sauptfrage auszugehen. Sind die Vor ausse ungen, auf denen die Lehre beruht, richtig, ja oder nein? Man kann eine gedanklich streng logisch gehaltene Lehre aufbauen, ist aber ihre Voraussehung falsch, so hilft die schönste Logik nicht. Das Lehrgebäude bricht dann wie ein Kartenhaus zusammen, weil seine Vas fis falsch ist.

Dieser Erfahrungsrat gilt auch für die Freigeldtheorie. Nicht darauf kommt es an, ob Einzelheiten dieser Lehre richtig seien oder nicht; entscheidend ist die Grundlage, auf der

die Lehre beruht.

Ist als Zentralpunkt der Freigeldlehre die "absolute Währung" aufzufassen, so als Ausgangspunkt die "Ronjunkturen". Die steigende Ronjunktur ist für den Arbeiter günstiger als die fallende. "Noch günstiger wäre allerdings eine vollständige Ausschaltung der Ronjunkturen." Sie soll, wie wir sahen, erreicht werden durch die "absolute Währung", . . . indem man stets soviel Geld umlaufen läßt, daß der Durchschnittspreis der Lebens-

mittel weder steigt noch fällt.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob im Rahmen der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft ein Verfahren denkbar ist, das den von den Freigeldlern vorgeschlagenen Unpassungsprozeß des Geldumlauses an den Durchschnittspreis der Lebensmittel und die Ermittlung dieses Durchschnittspreises im Sinblick auf die von Ort zu Ort, von Region zu Region, von Land zu Land schwankenden Lebenskossen erlaubt. Es mag dies als eine mehr technische und organisatorische Frage angesehen werden. In Wahrheit handelt es sich auch hier um eine Verwechslung von Ursache und Wirkung.

Die Freigelotheorie nennt als Ursache der Konjunkturen die Gold währung. Je größer die Goldvorräte der Banken, um so größer der Papiergeldumlauf. Je größer der Papiergeldumlauf. Je größer der Papiergeldumlauf, um so höher die Warenpreise. Nachher, infolge von "Mißtrauen oder Schrecken", Rückzug von Goldbeträgen bei der Bank, Thesaurierung von Metallgeld, dadurch Verschärfung der Krise, Verminderung des Geldumlaufs und Fallen der Preise. Nun ist aber der Umlauf des Geldes die Folge des Kreislaufs der Waren, nicht dessen Ursache. Je mehr Produkte zu Waren werden, je weniger man zum Selbstgebrauch Güter erzeugt, um so notwendiger, auf der Stuse der einfachen Warenproduktion, der Besitz von Geld. Um die Warenproduktion aufrecht erhalten zu können, muß man einen Geldvorrat haben, weil der Verkauf der zu produzierenden Waren

Zeit braucht und vom Zufall abhängt. Aber auch zum Ausgleich der Stockungen in der Zirkulation ist der Geldvorrat erforderlich. Mit der Entwicklung der Warenproduktion ändert sich dann die Funktion des Geldes. Es bleibt nicht nur Zir= kulationsmittel; es wird zum Zahlungsmittel.

Ist also der Umlauf des Geldes die Folge, nicht die Ursache des Rreislaufs der Ware, so vermag der Sinweis auf die Goldwährung auch nicht die Konjunkturen zu erklären.

Steigende Konjunktur bedeutet vermehrte Nach frage nach Waren und in der Folge das Anziehen der Preise. Die Preise steigen aber nicht ins Ungemessene. Die Lohnsteigerungen bleiben hinter den Preissteigerungen zurück, die Kaufkraft vermag der Teuerung nicht zu folgen. So entsteht ein Mißverhältnis. Die Nachfrage läßt nach. Das Waren ange bot wird relativ größer. Um ihre Waren loszubringen, müssen die Verkäuser die Warenpreise herabsehen. Sie werden dazu gezwungen durch die gegenseitige Konkurrenz. Zufolge des Preissfalles steigt allmählich die Nachfrage, das Angebot wird schwächer, die Produktion angeregt, es sest die steigende Konjunktur wieder ein. So geht es weiter in fortwährendem Wechselspiel, wie Dr. Christen es darstellt, wobei das Tempo bald rascher, bald langsamer ist.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklärt also die Preisschwankungen ihre Erklärung findet und obere Grenze bauptung der Freigeldleute richtig ist, daß die Erklärung in der

Goldwährung zu finden sei.

Sehen wir zu. Ein Zahlenbeispiel mag die Sache verdeut= lichen. Die Uhr einer bestimmten Gattung kostet Fr. 100. Das Angebot ist größer als gewöhnlich, der Uhrenhändler hat Mühe, sein Lager zu räumen. Um die Ware loszubringen, setzt er den Preis herunter. Vielleicht auf 80, 70 oder 50 Franken Um= gekehrt, wenn die Nachfrage stark steigt, werden die Sändler ihren Vorteil wahrnehmen und für eine Uhr vielleicht 120, 130 oder gar 200 Franken verlangen. Was erklärt uns hier das Gesetz von Angebot und Nachfrage? Es sagt uns, warum der Uhrenpreis zwisch en 50 und 200 Franken schwankt; es erklärt uns aber nicht, warum die Uhr nicht unter Fr. 50 und nicht über Fr 200 verkauft wird und warum sich der gewöhnliche Preis auf Fr. 100 stellt. Angebot und Nachfrage erklären also nicht, was wir wissen wollen: die obere und untere Grenze der Preisschwankungen.

Nun wissen wir, daß die Nachfrage aufhört, wenn der Warenpreis über eine bestimmte höchste Grenze hinausschnellt. Warum? Weil bei einem noch höheren Preis

der Räufer keinen entsprechenden Gegenwert mehr erhält. Genau das gleiche im umgekehrten Fall, wenn der Preis unter eine bestimmte Grenze sinkt. Un einer bestimmten Grenze hört das Angebot auf. Warum? Weil der Verkäufer nichts mehr "verdient", das heißt, weil er für seine zum Verkauf bereitgehaltene Ware keinen entsprechenden Gegenwert mehr bekommt.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß die Maximal= und Minimalarenzen der Preise bestimmt werden durch etwas, das außerhalb von Angebot und Nachfrage liegt. Ich habe den Bestimmungsfaktor schon angedeutet: den Wert der

Ware.

Wert und Preis sind nicht identisch. Der Wert ist das allen Waren Gemeinsame. Waren haben nur eine aemeinsame Eigentümlichkeit: daß sie Produkte mensch= lich er Urbeit sind. Ist aber der Wert etwas allen Gemeinsames und ist, wie hier nicht erst nachgewiesen werden muß, weil das in jeder Kinderfibel des Marrismus zu lesen steht, das Gemeinsame in allen Waren die in ihnen verkörperte menschliche Arbeit, so ist der Wert nichts anderes als

menschliche Arbeit.

Dieser Erkenntnis widerspricht auch nicht, was man von Freigeldlern da und dort etwa hört: Grund und Voden habe doch auch Wert, tropdem in ihm gar keine menschliche Arbeit stecke. Das wäre dann richtig, wenn das Marrsche Wertgeset zunächst mehr behaupten würde, als daß jeder Wert von Arbeit herrühre. Wo und wann diese Arbeit geleistet wird, ist eine Sache für sich. Die kapitalistische Wirtschaft bedient sich mancher= lei Mittel und Wege, um Wert von einem Ort und von einer Person auf einen andern Ort und auf eine andere Person zu übertragen. Grund und Boden ist nur ein Mittel für seinen Besitzer, um andern Leuten Wert aus der Tasche zu holen, und zwar wiederum Wert, der durch Arbeit erzeugt wurde.

Doch weiter. Ist Wert menschliche Arbeit, so hängt das Maß der für eine Ware aufgewendeten menschlichen Arbeit vom Stand der Technik ab. Je höher die Entwicklung der Technik, je mehr die Maschine an Stelle der menschlichen Arbeit tritt, um so geringer unter sonst gleich bleibenden Verhältnissen der Wert der Ware. Aber diese Entwicklung hat noch eine andere Seite, die von den Freigeldlern ebenso vernachlässigt wird, wie sie Ursache und Wirkung beim Geldumlauf verwechseln. Die Erhöhung der Produktivität durch die Entwicklung der Technik bedeutet nicht nur geringeren Aufwand an menschlicher Arbeit auf eine gegebene Wareneinheit. Es bedeutet diese Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die chronische Arbeits= losigkeit, ihr unaushörliches Wachstum. Und wenn der Freizgeldler, wie wir sahen, von einer mächtigen Anregung der Produktion durch die "absolute Währung" und entsprechender Vermehrung der Menge von Arbeitsprodukten redet, wenn er besonders hinweist auf die gewaltige Vermehrung von "Spargütern", das heißt von Arbeitsgeräten, Maschinen usw, und wenn er sich diese Vermehrung denkt unter Aufrechterhaltung des Konkurrenzverhältnisses, ohne Ausschlerbeitung des Konkurrenzverhältnisses, ohne Ausschlerbeitung des privateigenten und des mit teln, so erwächst hier riesengroß das Produkt ionsem it teln, so erwächst hier riesengroß das Problem der

industriellen Reservearmee.

Während der Sozialismus von den Grundtatsachen des gesellschaftlichen Seins ausgeht und an der gewonnenen Erfenntnis die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nachweist, glaubt die Freigeldtheorie, das gesellschaftliche Problem mit einem willkürlichen technischen Eingriff in die Vährungsverhältnisse lösen zu können. Dieser Schluß ist nur möglich, weil die Propheten der Freigeldtheorie den Geldumlauf als Ursach e der Preißbewegung nehmen, während er die Folge der Varenzirkulation ist. Von dieser Verwechslung ausgehend, ist es ganz in Ordnung, daß sie die Gesete der Warenzirkulation und der Warenproduktion ignorieren und, auf der falschen Grundlage aufbauend, zu einer in sich logisch gegliederten Theorie kommen, die jedoch in sich zusammenbricht, sobald man sie mit den ökonomischen Tatsachen in Zusammenhang bringt und sie in das gesellschaftliche Leben hineinstellt.

Wichtig ist zu wissen, daß die Freigeldtheorie nicht minder eine Utopie ist als etwa der Sozialismus eines Fourier, nur daß der große Franzose ein Jahrhundert früher lebte und um einiges geistreicher war als Silvio Gesell und seine Adepten.

Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer.

Von M. Silberroth, Davos.

Im 5. Seft dieser Revue haben wir uns vorbehalten, die ausgezeichnete Arbeit der Genossin Tony Sender über die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer u. a. durch eine Besprechung der im Austrage des zürcherischen Regierungsrates erstatteten Gutachten von Nationalrat C. Sulzer=Schmid, und Genossen Al. Suggler, Professor Dr. E. Großmann, Zürich, und Genossen Al. Suggler, Bern, zu ergänzen. Das soll nun geschehen.

Am 13. November 1918 hat der zürcherische Kantonsrat den Regierungsrat eingeladen, ihm beförderlich über ein formal-